Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

30.8.1928 (No. 202)

Visual Library

Nr. 202 — Donnerstag, den 30. August 1928 — 171. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Genfer Völkerbundstagung

Das Programm der Ratstagung

Heute beginnt in Genf zunächst die Tagung des **Völkerbundsrats**, während die **Vollversammlung** am kommenden Montag zusammentritt. Die Dinge, mit denen sich die 51. Tagung des Völkerbundsrates zu beschäftigen gedenkt, sind zum Teil bereits von erheblicher Bedeutung.

Es sind u. a. hervorzuheben die erneute Beratung über den **Minderheitenschutz in Polnisch-Oberschlesien**. Die sachliche Basis der Auseinandersetzungen bilden die bekannten Petitionen des deutschen Volksbundes in Oberschlesien. Ferner wird der Rat einen Bericht anhören über den gegenwärtigen Stand der **polnisch-litauischen Verhandlungen**. Die Spezialkommission, die eine Einigung zwischen den Völkerbundstaaten in der Frage der Kontrolle der **Rüstungsindustrie** herbeizuführen versuchen sollte, wird ebenfalls über ihre Verhandlungen Bericht erstatten. Die Erörterungen in dieser Kommission haben mit einem absoluten Fiasko geendet. Unter anderem wird dann auch die internationale **Luftschiffahrtskommission** ein Reglement über die Vereinheitlichung der im internationalen Luftverkehr zur Anwendung kommenden Ausdrücke und Zeichen vorschlagen.

Die Kontrolle der Rüstungsindustrie

In der **Kommission des Völkerbundes**, die sich unter dem Vorsitz des Grafen Bernstorff mit der Ausarbeitung eines Konventionsentwurfes für die **Kontrolle der privaten und staatlichen Waffenherstellung** befaßt, konnten die bestehenden **weitgehenden Gegensätze** nicht überbrückt werden. Der **französische** Vertreter, der bekannte Gewerkschaftsführer Jouhaux, forderte, möglichst von einer Überwachung der staatlichen Waffenherstellung ganz abzusehen oder nur die Festsetzung eines Gesamtwertes der staatlichen Waffenherstellung vorzusehen, die der Kontrolle unterliegen soll, während die private Waffenherstellung nach einzelnen Gruppen überwacht werden soll. Der **englische** Vertreter schloß sich dem Standpunkt Frankreichs an. Dagegen forderte der **amerikanische** Vertreter Gleichheit und Einheitlichkeit der Überwachung sowohl für die staatliche, wie auch für die private Waffenherstellung. Die Staaten, die über keine eigene Waffenherstellung verfügen, forderten hingegen **uneingeschränkte** Überwachung der privaten und staatlichen Waffenherstellung.

Graf Bernstorff wies als Vorsitzender der Kommission darauf hin, er habe nach den geringfügigen Ergebnissen der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission wenigstens auf eine Einigung in dieser Kommission gehofft.

Tatsächlich bedeutet dieses Ergebnis der Arbeiten der Kommission einen **Zusammenbruch** der Verhandlungen über die Kontrolle der staatlichen und privaten Waffenherstellung. Die Aussichten, zu einer Kontrolle der gesamten Waffenherstellung über den Weg einer Ausarbeitung eines internationalen Konventionsentwurfes durch die Völkerbundskommission zu gelangen, müssen als äußerst zweifelhaft angesehen werden.

Nationale Minderheiten und Völkerbund

Der 4. **Minderheitenkongreß** wurde am Mittwoch vormittag in Genf von seinem Präsidenten, dem slowenischen Abgeordneten im italienischen Parlament, Dr. **Wilfan**, in Anwesenheit von etwa 70 Delegierten der nationalen Minderheiten aus den verschiedensten Teilen Europas eröffnet. Der Hauptgegenstand der diesjährigen Tagung sei die Erörterung des Themas **„Die Lage der Minderheiten und der Völkerbund“**. Die Schaffung eines Vertrauensstatuts zwischen dem Völkerbund und den nationalen Minderheiten sei eine dringliche Aufgabe. Der Völkerbund müsse angesichts der nationalen Unwirksamkeit ernsthaft an die Behandlung des Minderheitenproblems herantreten. Mit Nachdruck trat Dr. Wilfan für die auch unlängst auf der Weltunion im Haag erhobene Forderung nach Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Minderheitsfragen im Völkerbund ein.

Der deutsche Abgeordnete im lettländischen Parlament, Dr. **Schiemann**, wies darauf hin, daß der **Frieden Europas nicht zu erhalten** sei, so lange 35 Millionen Menschen in einer **Veränderung** der gegenwärtigen Lage Europas niemals eine Verschlechterung, sondern nur eine **Verbesserung** ihrer Lage sehen könnten. Man hätte annehmen können, daß der Völkerbund als alleinige überstaatliche Instanz zur Sicherung des Weltfriedens alles tun werde, um die Gefahren, die aus der gegenwärtigen Behandlung der Minderheiten für den inneren und äußeren Frieden der Staaten drohten, zu beseitigen. Aber das sei **nicht geschehen**.

Der Kongreß beschloß, an Staatssekretär **Kellogg** ein Telegramm zu senden, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß man den Vertrag der Achtung des Krieges durch die Achtung der Gefährdung der europäischen Sicherheiten krönen könne.

Wasserbelieferungsskandal in einer französischen Stadt. Wie dem „Matin“ aus **Lyon** gemeldet wird, sind der Bürgermeister und der Stadtrat von Belleville-sur-Saône zurückgetreten, da es ihnen nicht möglich war, die mit der Lieferung des Wassers für die Stadt beauftragte Gesellschaft zu veranlassen, den seit dem 10. August ins Stocken geratenen Dienst wieder aufzunehmen. Seit dieser Zeit müssen die Bewohner der Stadt sich mit Brunnenwasser begnügen. Jedoch besteht, da die Brunnen verseucht sind, Typhusgefahr, und bei einigen Bewohnern sollen bereits Krankheitserscheinungen festgestellt worden sein.

Letzte Nachrichten

Beitrittserklärungen zum Kellogg-Pakt

WTB. Paris, 30. Aug. (Tel.) Nach dem „Quotidien“ sollen bisher folgende Länder ihre Absicht notifiziert haben, dem Kriegsächtungspakt beizutreten: Österreich, Griechenland, Bolivien, Kuba, Dänemark, Liberia, Südslawien, Rumänien und Peru.

Chamberlains Erholungsreise

WTB. London, 30. Aug. (Tel.) Sir **Austen Chamberlain** ist heute früh nach **Liverpool** abgereist, wo er sich für eine **lange Erholungsreise** einschiffen wird. Er sah blaß aus und hatte müde Züge. Er trug den durch neuralgische Schmerzen geschwächten linken Arm in einer Binde, ging langsam und stützte sich auf seinen Sohn. Man mußte ihn fast in den Eisenbahnwagen hinauftragen. Seine Reise wird ihn nach dem **Panamakanal** führen. Die Rückkehr erfolgt über **St. Franzisko** und **Montreal**. Seine Frau, sein zweiter Sohn und seine Tochter begleiten ihn.

Hugo Stinnes jr. und die Kriegsanleihe-Angelegenheit

WTB. Berlin, 30. Aug. (Tel.) Heute vormittag erschien **Hugo Stinnes jun.** aus Hamburg mit seinem Rechtsbeistand im neuen Kriminalgericht in Moabit zur **Vernehmung**. Hugo Stinnes ist von dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. **Brühl**, in der Kriegsanleihesache geladen, um sich gegen die in diesem Zusammenhang gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu äußern. Das dieser Tage in den Räumen der Stinnes-Unternehmungen beschlagnahmte Material wird ebenfalls zum Gegenstand der Vernehmung gemacht werden, um auf diese Weise Klarheit darüber zu schaffen, ob Hugo Stinnes, der bekanntlich seinem Privatsekretär **von Waldow** die für den Anleiheerwerb benötigten **Geldmittel zur Verfügung** gestellt hat, von dem Verwendungszweck dieser Summe etwa Kenntnis gehabt habe.

Reise englischer Bergwerksleiter nach Deutschland

WTB. London, 30. Aug. (Tel.) Eine Gruppe von 100 Mitgliedern des **Nationalverbandes der Bergwerksleiter** fährt, den Blättern zufolge, am 8. September zu einem Besuch nach Deutschland ab. Sie wird deutsche Zechen im Ruhrgebiet besichtigen und die dortigen Arbeitsmethoden studieren. Es sollen u. a. die Kruppwerke in Essen, sowie die Städte Oberhausen, Bingen und Köln besucht werden.

Der Weltkirchenkongreß fordert Abrüstung

Dem Weltkongreß für Friede und Freundschaft durch die Kirche, zu dem 532 kirchliche Vertreter aus 42 kontinentalen und amerikanischen Länder in **Prag** versammelt sind, ist nach viertägigen Beratungen im internationalen Komitee eine mit Spannung erwartete **Entschließung über die Abrüstung** vorgelegt worden.

Der Antrag verlangt, daß alle Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, ihre bewaffneten Kräfte gemäß dem Völkerbundspakt einschränken und ein allgemeines Schiedsgericht annehmen. Der Antrag ruft die Kirche auf, ihren sittlichen Einfluß zusammen mit dem Völkerbund und den eigenen Regierungen dazu zu verwenden, daß der Bund mit aller Beschleunigung die internationalen Abmachungen treffe, die für diesen Zweck notwendig sind. Er ruft die Kirche auf, ihre Geisteskräfte und erzieherische Einflüsse dafür einzusetzen, daß die Völker fortan ihre brüderliche Solidarität und ihre Verpflichtung zur zielbewußten Zusammenarbeit bejahen. Der Kongreß nahm nach längerer Beratung eine Entschließung über die Abrüstungsfrage einstimmig mit einer Stimmenthaltung an.

Zum ersten Male haben sich die führenden Vertreter des kontinentalen und amerikanischen Protestantismus, der englischen Kirche, der griechisch-orthodoxen und der Missionskirche des Fernen Ostens zu einer gemeinsamen Erklärung über eine aktuelle politische Frage zusammengeschlossen. Die deutsche Delegation, die 58 Mitglieder umfaßt, hat sich einmütig hinter diese Erklärung gestellt. Die Forderung einer vollständigen Abrüstung, die von holländischer Seite gestellt wurde, ist fallen gelassen werden. Die Erklärung erstreckt sich auf die Forderung einer beschränkten Abrüstung, wie der Völkerbundspakt sie vorsieht. Der als unfreundlich empfundene Ausdruck „Kontrolle“ wurde auf deutschen Antrag hin mit amerikanischer Unterstützung gestrichen.

Grzesinski gegen Basch

Kurz vor den letzten Wahlen sprach in einer Versammlung der deutschen Liga für Menschenrechte im ehemaligen Herrenhaus der Professor an der Pariser Sorbonne Viktor **Basch** über das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Auf zahlreiche deutschnationale Anfragen und Eingaben hat der preußische Minister des Innern **Grzesinski** folgende Antwort erteilt:

„Daß die Ausführungen des französischen Professors Basch über die Erfüllung des Friedensvertrages durch Deutschland und den sog. polnischen Korridor im Osten in der Versammlung der Liga für Menschenrechte am 11. Mai 1928 auf deutschem Boden erfolgen konnten, wird auch von mir **bedauert**. Ich werde zu gegebener Zeit Maßnahmen erwägen, um einer Wiederholung solcher Vorgänge vorzubeugen.“

Das badische Steueraufkommen vor und nach dem Weltkrieg

von Dr. Franz **Kempf**, Berlin.

Zwei Tatsachen sind es, die Wirtschaft und Staat mit größtem Interesse gleichermaßen berühren: Der Finanzbedarf des Reiches, der Länder und Gemeinden ist gewaltig gestiegen. Die Steuerkraft des deutschen Volkes ist erheblich geschwächt. Beide Tatsachen haben eine einzige Ursache: Der Weltkrieg und seine Folgen. Zur Rettung der Reichseinheit war ein Steuersystem notwendig, das an Stelle des früheren Grundsatzes der Dezentralisation eine zentrale Finanzgewalt brachte. Solche grundlegende Veränderungen sind nicht ohne Wirkung auf die gesamten Lebensäußerungen eines Volkes, jeder einzelne verspürt sie am eigenen Leibe. Die Wirkungen erfassen, heißt die Tatsachen von früher und heute erkennen und vergleichend nebeneinanderstellen. Die Gründe, die zu erhöhtem Finanzbedarf geführt haben, sind in ihrer Vielgestaltigkeit genugsam bekannt. Woher die Mittel fließen, die zur Deckung gebraucht werden, hatte die Reichsfinanzstatistik zu untersuchen. Es liegen nunmehr die vorläufigen Ergebnisse dieser umfangreichen Untersuchung vor; sie zeigen die Steuereinnahmen der einzelnen Länder und Gemeinden für die Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26. Kein Steuerzahler wird achtlos an diesen Zahlenvergleichen von einst und jetzt vorübergehen, wenn man sich zugleich vergegenwärtigt, welche einschneidenden Umwälzungen im Wirtschaftsleben des einzelnen wie des ganzen Volkes sich vollzogen haben.

Einige Gesamtziffern beleuchten grell den gewaltig gestiegenen Finanzbedarf und die erforderliche Deckung. Im Jahre 1913/14 betrug die Gesamtsteuereinnahme sämtlicher Länder und Gemeinden einschließlich der Gemeindeverbände 2468 Millionen Mark, im Rechnungsjahre 1925/26 dagegen 5 813 Millionen Reichsmark. Der Gebietsverlust durch den Friedensvertrag ist in diesen Zahlen berücksichtigt. Preußen, das größte der Länder, hatte schon vor dem Kriege mehr als die Hälfte aller Steuereinnahmen. Erst an fünfter Stelle rangiert das **Land Baden**, dessen Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen für das Rechnungsjahr 1913/14 4,2 v. H. oder 104,7 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1925/26 dagegen 3,8 v. H. oder 219,9 Millionen Reichsmark ausmachte. Baden hat demnach in der Nachkriegszeit seine Steuereinnahmen mehr als verdoppelt. Bemerkenswert ist noch in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit dem Nachbarland Württemberg. Trotz seiner größeren Gebietsfläche und höheren Einwohnerzahl wird Württemberg von Baden um eine halbe Million an Einnahmen übertroffen; vor dem Kriege war das Verhältnis umgekehrt.

Für die nachstehenden Zahlenvergleiche ist die eingetretene **Änderung des Steuersystems** zunächst zu beachten. Das Reich hatte — vom Wertbeitrag abgesehen — keine direkten Steuern als Einkünfte. **Landessteuern** waren in **Baden** die Einkommensteuer, die Vermögensteuer (Liegenschafts-, Betriebs- und Kapitalvermögen), die Wandergewerbesteuer (70 v. H. des Aufkommens), die Weinsteuer, die Biersteuer, die Fleischsteuer, die Grundstückverkehrssteuer und ein Zuschlag zur Reichserbschaftssteuer; hinzukommen noch einige Verwaltungstaxen, unter denen die Verpachtung von Apotheken und die Wirtschaftskonzessionen steuerlichen Charakter haben. Den badischen Gemeinden verblieben als Einkünfte die Umlagen auf Vermögen (Liegenschafts-, Betriebs- und Kapitalvermögen) und Einkommen, die Warenhaussteuer, ein Zuschlag zur Grundstückverkehrssteuer, ferner die Verbrauchssteuer auf Bier, Wein, Essig, Branntwein, Geflügel, Brennstoffe u. a. m., die Lustbarkeitssteuer, ein Anteil (50 v. H.) der staatlichen Hundesteuer mit einem Zuschlagsrecht sowie ein Anteil (40 v. H.) an der Reichszuwachssteuer mit einem Zuschlagsrecht. Die **Kreissteuer** war eine Umlage, die von den Gemeinden nach Maßgabe der Gemeindeumlage entrichtet wurde. Aus der staatlichen Wandergewerbesteuer erhielten die Kreise außerdem 30 v. H. des Aufkommens.

Nach dem geltenden Steuersystem überweist das Reich aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer dem Lande Baden einen geschlüsselten Anteil. Von diesem fallen 65 v. H. an das Land, 1,22 v. H. an die Kreise und 33,78 v. H. an die Gemeinden. Dieser Gemeindeanteil zerfällt wieder zu 66 v. H. an Gemeinden mit mehr als 9000 Einwohnern, 12 v. H. an solche mit 3000 bis 9000 Einwohnern und 22 v. H. an solche bis zu 3000 Einwohnern. Der vom Reiche überwiesene Anteil aus der Grunderwerbsteuer fällt zu gleichen Teilen an Land und Gemeinden. Die Überweisung aus der Kraftfahrzeug- und der Rennwettsteuer verbleibt in voller Höhe dem Lande. Als eigentliche **Landessteuern** sind anzusehen diejenigen aus dem Grund- und Betriebsvermögen, die Wandergewerbesteuer, die Fleischsteuer, das halbe Aufkommen aus der Hundesteuer, die Jagdsteuer und die Verwaltungstaxen. Die staatlichen Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb (Liegenschafts- und Betriebsvermögen) dienen zugleich als Grundlage für die **Gemeinde-** und **Kreisumlage**. Die Gemeinden erheben außerdem die Vergnügungssteuer, Fremdensteuer (für das Rechnungsjahr 1925/26), eine örtliche Abgabe nach § 2a des Steuerverteilungsgesetzes, die Biersteuer, ein Zuschlag zur Reichsgrunderwerbssteuer, eine Zuwachssteuer aus Veräußerungen von Erwerbungen in der Zeit vom 1. Jan. 1919 bis 31. Dez. 1924. Als zweckgebundene Steuer kommt hinzu die Gebäudesondersteuer, die mit abgestuften Sätzen je nach der Verwendung eines Gebäudes erhoben wird und teils dem Wohnungsbau, teils zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dient.

Faßt man die Mehreinnahmen aus den ertragreichen Steuern zusammen, so ergibt sich für 1925/26 gegenüber

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

1913/14 eine Zunahme von 119,9 Millionen oder 91,5 v. H. Im einzelnen verteilt sich diese Summe auf folgende Steuerarten:

Einkommen- u. Körperschaftssteuer	25,0 Mill.	oder	19,1	Proz.
Grund- u. Gebäudesteuer	40,9 „	„	31,2	„
Gewerbesteuer	5,0 „	„	3,8	„
Gebäudesondersteuer	33,8 „	„	25,8	„
Umsatzsteuer	15,2 „	„	11,6	„

Die Einnahmen aus den verschiedenen Steuerarten und die Verteilung auf Land und Gemeinden ergab folgendes Zahlenbild:

Die **Einkommensteuer** erbrachte im Rechnungsjahr 1913/14 insgesamt 44,5 Millionen. Davon entfielen 24,6 Millionen auf das Land und 19,9 Millionen auf die Gemeinden. In diesen Zahlen wie auch in den folgenden dieser Steuerkategorie ist das Aufkommen aus der Körperschaftssteuer mitenthalten. Das Aufkommn belastete den Kopf der Bevölkerung mit 20,77 Mark. In dem Ergebnis für 1925/26 stellt sich der Anteil Badens an der Reichseinkomensteuer und Körperschaftssteuer dar; die Einnahmen sind um 25 Millionen gestiegen, also auf 69,5 Millionen Reichsmark, die sich mit 42,6 an das Land und 26,9 Millionen an die Gemeinden verteilen. Die Pro-Kopf-Ziffer hat sich auf 30,05 *RM* erhöht. Badens Anteil an den Gesamteinnahmen der Länder betrug 1913/14 3,20 v. H. und 1925/26 3,41 v. H.

Bei der **Vermögensteuer** erstreckt sich die vorkriegszeitliche Ausweisung nur auf das Land, während die Gemeindeumlage unter die Grund- und Gebäudesteuer eingereiht ist. 11,4 Millionen vereinnahmte das Land aus der Vermögenbesteuerung des Vorkriegsjahres. Die Umrechnung auf den Kopf der Bevölkerung ergibt eine Beteiligung von 5,32 Mark. Das Landesaufkommen beträgt 14,47 v. H. der gesamten Vermögensteuer.

Aus dem Zuschlag zur **Reichserbschaftssteuer** fielen 1913/14 dem Lande 1,5 Millionen Mark zu, was einen Kopfbetrag von 0,70 Mark gleichkommt.

Vor dem Kriege flossen nahezu alle Einkünfte aus der Besteuerung des Grundbesitzes und der Gewerbebetriebe in die Gemeindekassen. Sie bilden auch heute noch die wichtigsten kommunalen Finanzquellen.

Die Grund- und Gebäudesteuer war 1913/14 mit ihrem vollen Betrag den Gemeinden zugefallen. Das Ergebnis von 22 Millionen Mark ergab einen Anteil auf den Kopf der Bevölkerung von 10,27 Mark. Nach dem späteren Steuersystem wurde sie zugleich Landessteuer; es verblieb jedoch der größere Betragsteil den Gemeinden. Dieser Umstand und das Erfordernis höherer Umlagen hatte zur Folge, daß die Grund- und Gebäudesteuer wie keine andere relativ anstieg. Im Rechnungsjahr 1925/26 erbrachte sie einmal den Gemeinden eine Mehreinnahme von 13,3 Millionen Reichsmark und außerdem einen Landanteil von 27,6 Millionen Reichsmark. Die gesamte Mehreinnahme betrug demnach 40,9 Millionen Reichsmark. Das Einnahmeergebnis von 62,9 Millionen Reichsmark entspricht einem Kopfanteil von 27,20 Reichsmark. Während also 1913/14 das volle Steuererträgnis den Gemeinden zugute kam, verteilt sich dieses im Rechnungsjahr 1925/26 mit 43,88 v. H. an das Land und mit 56,12 v. H. an die Gemeinden.

Die **Gewerbesteuer** umschließt eine Anzahl gewerblicher Sondersteuern, wie Betriebssteuer, Bergwerkssteuer, Filialsteuer, Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen, Wanderlagersteuer u. a. Vor dem Kriege war es nur ein Bruchteil des Ertrages, der dem Lande zufloß, während sie den Gemeinden 9,2 Millionen Mark einbrachte. Der Systemwechsel brachte eine den Gemeinden ungünstige Verschiebung. 1925/26 erhielt das Land 6,2 Millionen Reichsmark, der Gemeindeanteil verkürzte sich um 1,1 Millionen auf 8,1 Millionen Reichsmark. Hierdurch veränderte sich auch das Verhältnis der Pro-Kopf-Zahl. Der Landesanteil ergab zunächst 5 *Rpf*, später 2,68 *RM*, der Gemeindeanteil dagegen ursprünglich 4,29 *RM*, später nur 3,50 Reichsmark. Für die Gesamtsteuereinnahme wuchs der Kopfanteil von 4,34 *RM* auf 6,18 *RM*.

Von geringer Bedeutung ist das steuerliche Ergebnis aus Naturaldiensten und kleineren Besitzsteuern, die in Badens Gemeinden kaum vorkommen.

Die **Gebäudesondersteuer**, die, wie bereits angeführt, teilweise zweckgebunden ist, stellt eine Neuerung des geltenden Steuersystems dar. Ihre Gesamteinnahme betrug 1925/26 für Land und Gemeinden 33,8 Millionen Reichsmark, was auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet 14,62 *RM* ergibt. Zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs standen 18,4 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Davon erhielt das Land 7,3 Millionen Reichsmark, die Gemeinden 11,1 Millionen Reichsmark. Die restlichen 15,4 Millionen Reichsmark dienten der Förderung des Wohnungsbaues, und zwar 4,4 Millionen zur Verfügung des Landes und 11 Millionen zur Verfügung der Gemeinden. Daß die Mittel aus dieser Steuer nur einen Bruchteil dessen darstellten, was für die Bautätigkeit aufgewendet wurde, ist bekannt. Aber bemerkenswert ist doch die Tatsache, daß der Anteil zur Förderung der Bautätigkeit aus der Gebäudesondersteuer 7 v. H. der Gesamteinnahmen aller badischen Steuerarten darstellt. Der zweckgebundene Gemeindeanteil macht 9,89 v. H. aller Gemeindesteuern aus, der Länderanteil hingegen 4,05 v. H. aller dem Lande zugeflossenen Steuereinnahmen.

Eine **Umsatzbesteuerung** gab es vor dem Kriege in Deutschland nicht, die Umsatzsteuer beeinflußt daher lediglich das Ergebnis des Rechnungsjahres 1925/26. Das Gesamtaufkommen dieser Steuerart wird vom Reich geschlüsselt und der Anteil Badens beträgt 15,2 Millionen Reichsmark. Davon entfielen dem Lande 9,3 Millionen Reichsmark, den Gemeinden 5,9 Millionen Reichsmark. Von den Gesamtsteuereinnahmen, die dem Land und den Gemeinden zugeflossen sind, macht diese Überweisung immerhin 6,91 v. H. aus. Da die Umsatzsteuer letztlich von dem Konsumenten getragen wird, kann hier bei der Pro-Kopf-Zahl von einer Belastung auf den Kopf der Bevölkerung gesprochen werden. Diese betrug nach der Landmasse 4,02 *RM*, nach der Gemeindemasse 2,55 *RM*. Der badische Gesamtanteil belastete den Kopf der Bevölkerung mit 6,57 *RM*.

Unter **Grunderwerbsteuer** sind alle an den Besitzwechsel vom Grundeigentum anschließenden Steuern, einschließlich der Wertzuwachssteuer zusammengefaßt. Das Ergebnis für 1913/14 schließt demnach die Besitzwechselabgabe, die Umsatzsteuer für Grundstücke, die Wertzuwachssteuer ein. Für 1925/26 enthält sie die Anteile an der Reichsgrunderwerbssteuer und das Zuschlagsrecht, ferner die Wertzuwachssteuer. Das Erträgnis war 1913/14 insgesamt 4,4 Millionen Mark. Dem Lande sind verblieben 3,6 Millionen Mark, den Gemeinden 0,8 Millionen. Nach dem Kriege hat sich das Zahlenbild zugunsten der Gemeinden verschoben. Während der Landesanteil eine Einbuße von 1,6 Millionen zu verzeichnen hat, stieg der Anteil der Gemeinden um 4,5 Millionen auf 5,3 Millionen Reichsmark. Die Grunderwerbssteuer erbrachte daher im Rechnungsjahr 1925/26 eine Mehreinnahme von rund 3 Millionen Reichsmark und ergab einen Kopfanteil von 3,15 *RM*.

Die Einkünfte aus den verschiedensten Arten des Vermögensverkehrs spielen keine besonders bedeutende Rolle. Sie flossen im Rechnungsjahr 1925/26 ausschließlich dem Lande zu in einer Höhe, die nicht ganz eine Million Reichsmark erreichte. Dementsprechend gering ist auch der Kopfanteil, nämlich 35 Reichspfennige.

In voller Höhe verblieb dem Lande die Kraftfahrzeugsteuer mit 2 Millionen Reichsmark.

Erheblich verändert hat sich die Besteuerung des Verbrauches und Aufwandes. Von den zahlreichen **Getränkesteuern** ist nur noch eine örtliche Biersteuer erhalten geblieben. Zahlenmäßig äußert sich diese Änderung in einer Mindereinnahme von rund 3 Millionen Reichsmark. Im Rechnungsjahr 1913/14 vereinnahmte das Land 7,8 Millionen Mark, die Gemeinden 1,4 Millionen Mark, zusammen 9,2 Millionen Mark. Von den für 1925/26 verbliebenen 6,2 Millionen Reichsmark erhielt das Land 3,2 Millionen Reichsmark, die Gemeinden 3 Millionen Reichsmark.

Bei den **übrigen Verbrauchssteuern** verhielt es sich ähnlich. 1913/14 betrugen die Einnahmen des Landes 700 000 Mark, die der Gemeinden 100 000 Mark; 1925/26 hatte nur das Land einen Nutzen in der Höhe von 2,2 Millionen Reichsmark, die Gemeinden dagegen keinen.

Die **Vergnügungssteuer** bildete stets eine Einnahmequelle der Kommunen. Sie erbrachte 1925/26 den Gemeinden 2,1 Millionen Reichsmark ein. Umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung leistet hierzu der einzelne einen Beitrag von 90 Reichspfennigen.

Die Aufteilung der **staatlichen Hundesteuer** wurde eingangs schon erwähnt. Sie warf vor dem Kriege insgesamt 0,9 Millionen Mark ab, wovon 400 000 Mark dem Lande und 500 000 Mark den Gemeinden zufielen. Nach dem Kriege erbrachte sie 2,4 Mill. Reichsmark. Es vereinnahmten das Land 0,9 Millionen Reichsmark, die Gemeinden 1,5 Millionen Reichsmark.

An **sonstigen Aufwandsteuern** sind 1925/26 eingegangen insgesamt 400 000 *RM*, die zu gleichen Teilen an Land und Gemeinden fallen.

Diese vorläufigen Ergebnisse werden sich nicht bedeutsam verschieben. Vergleicht man damit die durch den Krieg hervorgerufene Einengung der Vermögensbasis in Baden (vgl. Artikel „Steuerbares Vermögen"), so gewinnen diese Zahlen an Bedeutung. Insofern sind sie ein lebenswahres Spiegelbild einer neuen und alten Zeit.

Zu den Verhaftungen in Germersheim

Von den durch die Franzosen verhafteten Germersheimer wurden nur noch Eugen **Schuschu** in Haft behalten. Die Vernehmung der Freigelassenen erstreckte sich auf einen Zwischenfall, der sich bei der **Sondersheimer Kirchweih**, mit einem französischen Sergeanten abgespielt haben soll, wobei aber die vier Festgenommenen unbeteiligt sein sollen. Man hatte einem französischen Sergeanten eine Zipfelmütze auf den Kopf gesetzt, was den Anlaß zu Streitigkeiten gab.

Havas gibt aus **Mainz** folgende Darstellung: Am 20. August kam es in **Sondernheim**, wo gerade ein Jahrmarkt abgehalten wurde, zu einem Zwischenfall. Zwei französische Unteroffiziere der Garnison von Germersheim wurden von mehreren deutschen Arbeitern belästigt. Sofort wurde eine Untersuchung eingeleitet. Die Gendarmerie von Germersheim nahm dieser Tag zwei Brüder fest, die mit den Unteroffizieren konfrontiert wurden. Einer von ihnen, der einwandfrei erkannt wurde, wurde in Haft genommen und in das Landauer Militärgefängnis gebracht.. Der andere wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Der St. Ingberter Sparkassenskandal

WTB. **St. Ingbert**, 30. Aug. (Tel.) Der Kaufmann Julius **Blatt**, Inhaber der Fa. Blatt & Co. in St. Ingbert, einer Zweigfirma der **Baltia-Werke** in **Heidelberg**, ist gestern **verhaftet** worden. Der Firma Blatt hatte die Sparkasse St. Ingbert über 4 Millionen Reichsmark Kredit gewährt, obwohl deren Finanzen schon damals völlig zerrüttet waren. Die Staatsanwaltschaft in **Augsburg** wurde ferner ersucht, den Inhaber der dortigen Firma **Pircher**, den Bruder des verhafteten Finanzrates Pircher, festzunehmen, der die treibende Kraft bei Vergebung der Kredite gewesen sein soll und selbst einen ungedeckten Kredit in Höhe von etwa einer Million erhalten habe.

Auch in **Heidelberg** stehen die Verhaftungen der Inhaber der Baltia-Werke bevor.

Wie die „Pfälz. Ztg." berichtet, hatte der Präsident des Landesrates, **Scheuer**, gestern mit dem Mitglied der Regierungskommission der Finanzen, **Morize**, eine Unterredung über die Frage, wie der Stadt St. Ingbert geholfen werden könne. Morize teilte mit, daß er in den nächsten Tagen ganz bestimmte **Vorschläge der Regierungskommission** unterbreiten werde, die geeignet seien, unverzüglich wirksame Hilfe zu bringen und zwar besonders den Einlegern von Spargeldern. dem Handwerk und der Geschäftswelt. Die endgültigen Sanierungsmaßnahmen können erst nach Abschluß der sehr komplizierten Revision eingeleitet werden, die voraussichtlich noch drei Monate in Anspruch nehmen wird.

Wichtige Frist für Kriegsbeschädigte

Bei der Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes im Jahre 1923 schieden allein über 600 000 Versorgungsberechtigte aus der Versorgung aus, weil nach den neuen Bestimmungen eine Rente nur dann gezahlt wird, wenn dieErwerbsminderung mindestens 25 Prozent beträgt. Bei der damaligen Abänderung des RVG. Ende 1927 konnte durch eine Abänderung der Verordnung zu § 25 Abs. 3 RVG. erreicht werden, daß diejenigen Kriegsbeschädigten, wieder Rente beziehen können, die damals wegen Verlust eines Auges und anderer Beschädigungen abgefunden worden sind und für die bei Versehrtheitsrente neuerdings eine Erwerbsminderung von mindestens 25 Prozent in Frage kommt. Die Rente wird in diesen Fällen rückwirkend ab 1. Oktober 1927 gezahlt, wenn der Antrag bis spätestens 30. September 1928 gestellt wird. Eine Verlängerung dieser Frist kommt nach einer Mitteilung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten nicht mehr in Frage. — Andere abgefundene Kriegsbeschädigte, die früher Versehrtheitsrente nicht bezogen haben, aber heute eine Verschlimmerung bzw. wesentliche Veränderung in ihrem Kriegsdienstleiden nachweisen könen, haben jederzeit Gelegenheit, einen neuen Antrag zu stellen.

Eine Änderung des deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages ist zwischen Deutschland und der Schweiz vereinbart worden. Das soeben unterzeichnete Protokoll bezweckt, die das Schiedsverfahren einschränkenden Vorbehalte aufzuheben und in den Vertrag eine neue Bestimmung einzufügen, gemäß welcher jede der vertragschließenden Parteien sich unmittelbar an den Gerichtshof wenden kann, für den Fall, daß binnen zwei Monaten die Parteien sich über die Anrufung eines Schiedsgerichts nicht haben einigen können. Das Protokoll wird somit den Grundsatz der **obligatorischen** schiedsgerichtlichen oder gerichtlichen **Erledigung** aller rechtlichen Streitigkeiten in den Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland einführen. Was die Streitigkeiten nichtrechtlicher Natur betrifft, so bleiben sie dem Vergleichsverfahren unterworfen, wie es in dem Vertrage von 1921 vorgesehen ist.

Lambachs Ausschluß aufgehoben

Die deutschnationale Parteikrise

Das oberste deutschnationale Parteigericht hat Mittwoch nachmittag unter Aufhebung des Urteils des Landesverbands Potsdam II gegen den Reichstagsabgeordneten **Lambach** auf einen **Verweis** erkannt.

Aus der Begründung des Spruches sind nach Mitteilung der deutschnationalen Pressestelle folgende Punkte hervorzuheben:

„Dem Landesverband Potsdam II wird darin beigetreten, daß der Aufsatz „Monarchismus" des Abg. Lambach nach Form und Inhalt scharf zu mißbilligen ist. Andererseits hat das Parteigericht unter Würdigung des gesamten Sachverhalts die Überzeugung gewonnen, daß der Abg. Lambach nicht einen Verstoß gegen das Parteiprogramm beabsichtigt habe, sondern der Partei habe nützen wollen. Da die monarchistische Gesinnung des Herrn Lambach und sein öffentliches Eintreten dafür außer Zweifel stehen und er überdies sein Bedauern ausgedrückt hat, Gefühle der Verehrung verletzt zu haben, kommt das Parteigericht zu dem Schluß, daß man Herrn Lambach nicht aus der Partei ausschließen könne, weil er einen falschen Weg eingeschlagen habe, für einen Zweck, den er als für die Partei nützlich hielt. Es bleibt aber die **Mißbilligung**, die auch das Parteigericht zu dem Aufsatz „Monarchismus" aussprechen muß. Deswegen ist gemäß § 21 Abs. II der Satzungen auf einen Verweis erkannt.

Die Auseinandersetzung, die Herr Lambach an einen Aufsatz des Reichstagsabgeordneten Bang geknüpft hat, stellt eine große Taktlosigkeit dar, die das Parteigericht rügen muß. Es kann aber kein Tatbestand erblickt werden, der nach § 17 der Satzungen den Ausschluß eines Parteimitgliedes rechtfertigt."

Die vom „B. T." und dem „Jungdeutschen" verbreiteten Meldungen, wonach zwischen dem Parteigericht und dem Grafen Westarp der Spruch vorher schon festgelegt worden sei, werden von der deutschnationalen Pressestelle als erfunden bezeichnet.

*

Von den rechtsstehenden Blättern nennt die „Deutsche Zeitung" sowohl das Urteil als auch seine Begründung seltsam und für nicht faßlich, daß es für eine Partei „nützlich" sei, wenn ihre Ideale als Film- und Bühnenangelegenheiten beschimpft würden. — Die „Kreuzzeitung" erklärt, daß das Urteil in den Kreisen der Konservativen und Monarchisten keine Billigung finden werde. — Die „Deutsche Tageszeitung stimmt dagegen dem Spruch zu und sagt, der Spruch des Parteigerichts ist geeignet, die Gefahr einer Parteikrise zu beschwören. — Im „Lokalanzeiger" heißt es: Mit der Entscheidung ist der Fall Lambach formal für die Deutschnationale Volkspartei beendigt. Eine weitere Berufung ist nicht mehr möglich. Sachlich bestehen die Gegensätze selbstverständlich fort, und niemand wird damit rechnen, daß der Kampf nicht weiterginge.

Die „Germania" nennt den Spruch eine **entscheidende Niederlage Hugenbergs**, die er von der Parteileitung habe hinnehmen müssen, und schreibt, es bleibe die Frage offen, wie sich Hugenberg der erlittenen Lage gegenüber abfinden werde. Anfang September werde die deutschnationale Parteivertretung nochmals versammelt sein. Der Beschluß werde dort eine erhebliche Rolle spielen und eine entscheidende Kraftprobe bringen. — Ähnlich die „Deutsche Allgemeine Zeitung": Der Kampf um die Führung der Deutschnationalen ist nicht entschieden. — Die „Voss. Ztg." sagt, daß sich Lambach mit diesem Urteil begnügen wird, ist anzunehmen. Anders liegt jedoch der Fall bei der Gruppe um Hugenberg.

Kurze Nachrichten

Das kommunistische Volksbegehren. Mittwoch mittag überreichten die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Pieck und Münzenberger dem Reichsministerium den Zulassungsantrag auf Einleitung des Volksbegehrens für nachfolgenden Gesetzesantrag: „Der Bau von Panzerkreuzern und Kriegsschiffen ist verboten!" Der Antrag ist unterzeichnet von der Kommunistischen Partei Deutschlands und dem Roten Frontkämpferbund.

Die Kriegsanleiheschiebungen. In der Privatwohnung von **Hugo Stinnes** in Hamburg wurde in der Kriegsanleihebetrugsaffäre eine Haussuchung vorgenommen, die jedoch ergebnislos verlief. Besonderes Augenmerk wurde auf eine Korrespondenz gelegt, aus der man bereits früher einen Schriftwechsel beschlagnahmt hatte, der Herrn Stinnes zu belasten schien. In Fortführung der Untersuchung soll in den nächsten Tagen Stinnes selbst verhört werden, aber nicht in Hamburg, sondern in Berlin.

Der Anleiheskandal der Dahmer Stadtsparkasse. Die Akten über den Versuch der Dahmer Stadtsparkasse, ihren Anleiheneubesitz als alte Kriegsanleihe bei den zuständigen Aufwertungsstellen anzumelden, werden nach einer Korrespondenzmeldung von der Reichsschuldenverwaltung nach Abschluß des Aufwertungsverfahrens voraussichtlich dem Reichsfinanzministerium übersandt werden. Die Prüfung werde ergeben, inwieweit in disziplinarischer oder strafrechtlicher Hinsicht eine Verfolgung der städtischen Beamten Platz greifen muß.

Stillegung in der Dürener Textilindustrie. In Düren und Umgegend sind sämtliche Betriebe der Textilindustrie stillgelegt worden. Von der Aussperrung, die auf die Kündigung des bisherigen Lohnabkommens durch die Textilgewerkschaften zurückzuführen ist, werden etwa 4200 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

Für die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen wird als Zeitpunkt Ende Oktober in Aussicht genommen.

Vorführung des Miß-Cavell-Hetzfilms in Indien. „Morning Post" berichtet aus **Kalkutta**: Die Regierung von Bengalen hat die Verfügung der Zensur, durch die die Vorführung des Cavell-Films untersagt wurde, aufgehoben. Der Film wird in Kalkutta Ende der Woche gezeigt werden.

Drei Ärmelkanalschwimmer gestartet

WTB. **Paris**, 30. Aug. (Tel.) Gestern abend bzw. in der Nacht sind drei Personen zur **Überquerung des Ärmelkanals** durch Schwimmen an der französischen Küste gestartet, und zwar um 18.50 Uhr am Cap Grisnez die deutsche Schwimmerin Anni **Wynnel** aus Frankfurt a. M., die von dem Fischdampfer „Tourlourou" begleitet wird, um 20.40 Uhr der Holländer Albert **Hacker** und um 1 Uhr nachts der Ägypter **Helmi**.

Ein amerikanisches Flugzeugmutterschiff gestrandet

Die Agentur Indo Pacifique meldet aus **Schanghai**, daß das amerikanische 12 000 Tonnen große Flugzeugmutterschiff „**Avocet**" bei Tschifu gestrandet ist. Die Versuche, es wieder flott zu machen, sind bisher vergeblich gewesen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Wohlfahrtswesen der Reichshauptstadt

Die Stadt Berlin gibt alljährlich ein statistisches Jahrbuch heraus, dessen Zahlentabellen einen tiefen Einblick in die vielverzweigte Tätigkeit einer modernen Großstadtverwaltung auf den verschiedensten Gebieten tun läßt. Wir greifen das Kapitel **„Allgemeine Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt** heraus, um die Leistungen der Kommune auf diesem wichtigen Gebiete zu prüfen. Das Hauptversorgungsamt der Stadt Berlin hatte nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums nicht weniger als 47 939 Kriegsbeschädigte mit insgesamt 38 916 versorgungsberechtigten Kindern, dazu noch 92 593 Kriegshinterbliebene zu versorgen. Unter den Kriegsbeschädigten befanden sich 2197, deren Erwerbsfähigkeit um über 90 Proz. gemindert war. Schwerbeschädigte wurden von der Hauptfürsorgestelle mehr als 30 000 erfaßt, von denen etwa 550 oder 1,8 Proz. erwerbsunfähig waren. Die Stellenvermittlung der Hauptfürsorgestelle hat für insgesamt 2436 Schwerbeschädigte **Arbeitsstellen vermittelt**. An Zusatzrenten für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene hat sie insgesamt über 17 Millionen Reichsmark gewährt. In den Haushaltungsschulen für Berliner Kriegerwaisen wurden 191 Schülerinnen neu aufgenommen und 161 als ausgebildet entlassen.

Die **offene** Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin unterstützte insgesamt 199 Kriegsbeschädigte laufend und 4793 nicht laufend. Ferner 965 Kriegshinterbliebene laufend und 5790 nicht laufend. Dazu kamen 72 155 laufend unterstützte **Sozialrentner** und 24 818 laufend unterstützte **Kleinrentner**. Gerade dieser Unterstützungszweig hat in letzter Zeit **erhöhte Anforderungen** an die Wohlfahrtspflege der Stadtverwaltung gestellt. Alles in allem sind in der offenen Wohlfahrtspflege rd. 140 000 Personen laufend und 66 000 Personen nicht laufend unterstützt worden. Die Stadt Berlin verausgabte für Unterstützung der **Kriegsbeschädigten** rund 1,15 Millionen Reichsmark, für Unterstützung der **Kriegshinterbliebenen** 1,53 Mill. Reichsmark, für Unterstützung von **Sozialrentnern** 15 Mill. Reichsmark, für Unterstützung der **Kleinrentner** 10 Millionen Reichsmark, für **sonstige** Wohlfahrtspflege 21 Millionen Reichsmark. Das bedeutet einen Unterstützungsaufwand von **insgesamt fast 50 Millionen Reichsmark in einem einzigen Jahre.** Außerdem wurden als besondere Winterbeihilfen von seiten der Stadt insgesamt rund 150 000 Tonnen **Kohlen** im Werte von über 4 Mill. Reichsmark an Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner, sowie sonstige Unterstützte geliefert.

Die sog. **geschlossene** Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin umfaßte 20 selbständige Stiftungen und Hospitäler mit einem Bestande von 1626 Personen, ferner 15 städtische Alters- und Armenhäuser mit 452 Personen. Das städtische Arbeitshaus zählte 584 Insassen, in dem städtischen **Obdach** waren 684 Personen dauernd untergebracht, außerdem wurden insgesamt über 1,1 Millionen Übernachtungen an Obdachlose gewährt. Die Wärmestellen für Hilfsbedürftige waren in einem einzigen Wintermonat von 4627 Personen besucht. Von der städtischen **Krüppelfürsorge** wurden insgesamt 22 491 Personen betreut, davon 360 in Anstaltsbehandlung, 91 durch Berufsausbildung, 54 in Siechenanstalten oder Siechenabteilungen eines Krüppelheims, 67 in Erholungsheimen, 12 800 in ambulanter Behandlung usw. Die Kosten der Krüppelfürsorge betrugen in einem einzigen Jahre rund 600 0000 *RM*, wovon 377 000 *RM* für Behandlung, Verpflegung und Berufsausbildung von Krüppeln in Anstalten, die übrigen Beträge für ambulante Behandlung in den Fürsorgestellen, sowie für orthopädische Apparate, Heilturnen usw. verausgabt wurden. Die **Amtsvormundschaft** der Stadt Berlin umfaßte über 42 000 Vormundschaftsmündel und 8200 Pflegschaften. Die Zahl der **städtischen Pflegekinder** betrug rund 16 000, darunter 10 700 uneheliche Kinder. Von ihnen waren 1370 in städtischen Waisenhäusern, 1571 in sonstigen öffentlichen Anstalten, 2855 in Privatanstalten und 10 207 in Familienpflege untergebracht. In **Fürsorgeerziehung** befanden sich insgesamt 9150 Kinder, darunter 1665 uneheliche. Die Wohlfahrtsstelle des **Landesjugendamts** betreute ferner 5660 Personen. Von den Jugendämtern wurden 25 500 Kinder **zur Erholung verschickt, und** zwar teils in Einzelpflegestellen, teils in Heime und Kolonien. In den **städtischen Jugendwohlfahrtsanstalten** waren 4237 Plätze vorhanden. Dazu wurden noch 357 Krippen, Kindergärten, Horte, Tagesheime usw. gezählt, in denen über 16 000 Kinder versorgt wurden.

Badischer Teil

Konsularische Vertretung Amerikas

Der zum Vizekonsul bei dem Konsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr Donald S. **White** ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Weiterbildung der Volksschullehrer

Der Badische Lehrerverein veranstaltet auch im September Fortbildungskurse, an denen sich die Lehrer an den Volks- und Fortbildungsschulen unentgeltlich beteiligen können. Die Kurse finden in Engen, Waldkirch, Säckingen, Adelsheim und Wertheim statt. Behandelt werden: Physikunterricht der Volksschule, Deutschunterricht in der Volksschule, die Erziehungsidee bei Lessing, Goethe und Schiller. Das Unterrichtsministerium, das die Abhaltung der Kurse gemäß den im Voranschlag bereitgestellten Mitteln auch finanziell unterstützt, weist die Kreis- und Stadtschulämter an, die Lehrer und Lehrerinnen, die an den Kursen teilnehmen wollen, zu beurlauben.

Weibliche Studenten an den Hochschulen des Deutschen Reichs

Nach den Erhebungen an den wissenschaftlichen Hochschulen im Deutschen Reiche betrug die Gesamtzahl der Studierenden im Wintersemester 1927/28 101 057. Die Zahl der Studierenden überstieg damit zum ersten Male die Hunderttausendziffer.

Der Anteil der weiblichen Studierenden an der Gesamtzahl hat sich weiterhin verstärkt. Er betrug im Wintersemester 1927/28 10,4 Proz. gegen 10,3 Proz. im Sommersemester 1927 und 8,6 Proz. im Sommersemester 1925. Auffallend ist die starke Beteiligung der weiblichen Studierenden an den **badischen** Hochschulen. Nach dem badischen Amtsblatt vom 11. August befanden sich im Sommersemester 1928 an der Universität Heidelberg unter 3453 Studierenden 658 Studentinnen, also 19,3 Proz. In Freiburg unter 3972 Studierenden 747 Studentinnen, also 18,5 Proz. An der Technischen Hochschule in Karlsruhe unter 1210 Studierenden allerdings nur 23 und an der Handelshochschule in Mannheim unter 563 Studierenden 36 Studentinnen.

Die Schauinsland-Bahn

Der **Verkehrsverein** für den Schwarzwald hat in Freiburg i. Br. eine Versammlung abgehalten, um über die technische und finanzielle Seite des Baues einer Seilschwebebahn auf den Schauinsland zu berichten und in freier Diskussion das Für und Wider zu erwägen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden, Rechtsanwalt Otto **Fehrenbach**, wurde sofort in eine allgemeine Debatte eingegriffen, in der nochmals die bereits bekannten Bedenken vorgetragen wurden. Bis jetzt sind 215 000 *RM* gezeichnet worden, 285 000 *RM* fehlen noch, um das Projekt zu sichern. Im großen und ganzen wurde sehr stark für die Bahnerbauung gesprochen und einzelne Einwände wurden von Architekt **Mühlbach** und Bürgermeister **Hölzl** in nachdrücklichen Ausführungen widerlegt.

Aus badischen Industrien

Die Beschäftigungslage der badischen Textilindustrie hat — wie aus **Freiburg** mitgeteilt wird — in der letzten Zeit eine sehr erhebliche Verschlechterung erfahren, wovon besonders stark die Baumwoll- und Seidenindustrie betroffen wird. In zahlreichen Fällen sind bereits Arbeitszeitverkürzungen von 54 bis auf 32 Stunden in der Woche eingetreten, zwei Betriebe haben die Stillegung angemeldet. In der Seidenindustrie haben sich die bisher von sämtlichen Arbeitern geleisteten Arbeitsstunden um 31 Proz. vermindert. Auch in den anderen Branchen wie der Wollindustrie, der Hanf- und Flachsindustrie usw. ist ein gleicher Rückfall zu verzeichnen. Gegenüber November 1927 hat sich die Zahl der Betriebe, die weniger als 48 Stunden in der Woche arbeiten, vervierfacht. Die Zahl der Betriebe, die über 48 Stunden noch arbeiten, ist verschwindend gering geworden. Ihre Zahl weist eine Verringerung um vier Fünftel gegenüber dem genannten Monat des Vorjahres auf.

Die in dem St. Ingberter Sparkassenskandal erwähnten **Baltria-Fahrradwerke** haben beim Heidelberger Amtsgericht Geschäftsaufsicht gegen sich beantragt. Ihr Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Dr. von **Luschka** in Mannheim, gibt gemeinsam mit dem Treuhänder der Stadt St. Ingbert einen Bericht an die Presse aus, in dem er die Angriffe gegen die Fahrradfabrik Baltia zu entkräften sucht. Danach hatte ursprünglich die Baltia überhaupt keinerlei Rechtsbeziehungen mit der Stadtsparkasse von St. Ingbert, sondern schon 1926 einen größeren Kredit bei der Firma Blatt & Cie. in St. Ingbert genossen, die allerdings ihrerseits Kredite von der Sparkasse hatte. Diese Kredite seien tatsächlich nach und nach auf über 4 Millionen Reichsmark angewachsen, denen aber durchaus reale Werte in Form von Warenvorräten und Außenständen gegenüberstanden. Die Firma Blatt & Cie. habe nun, zunächst ohne Kenntnis und Anerkenntnis der Baltia, ihre Forderungen gegen diese an die Stadt St. Ingbert abgetreten. Die Firma Baltia hätte ihr durchaus gesundes Fabrikations- und Verkaufsprogramm im wesentlichen weiter durchführen können, wenn nicht im Zusammenhang mit den bekannten Vorkommnissen in St. Ingbert die Stadtsparkasse St. Ingbert plötzlich vor 10 Tagen den Kredit gesperrt hätte. Da er im wesentlichen durch Wechsel ausgenützt war, die jetzt nicht eingelöst werden konnten, blieb gar nichts anderes übrig, als das Vergleichsverfahren einzuleiten. Die Verwendung des Kredits könne genau nachgewiesen werden, und die Leiter der Baltia, die Direktoren Woll und Weber, hätten deshalb auch im Bewußtsein ihrer persönlichen Integrität bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Heidelberg die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen sich beantragt.

Tagungen

Der Verband badischer Krankenkassen hat als Tagungsort für seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung St. Blasien gewählt. Am Sonntag, den 9. September, sind vormittags im städtischen Kursaal die Verhandlungen der geschlossenen Mitgliederversammlung; nachmittags führt eine Autofahrt die Teilnehmer über Bernau—Todtmoos—Schönau i. W. zum Genesungsheim Rabenfels auf den Belchen. Auf den Abend des gleichen Tages hat die Stadtgemeinde zu einer Begrüßungsfeier in den städtischen Kursaal eingeladen. Am folgenden Tag schließt eine öffentliche Versammlung mit einer Reihe interessanter Vorträge und gemeinsames Mittagessen im bekannten Hotel Klosterhof die Tagung.

Die Haupttagung des Landesvereins Badische Heimat ist endgültig für die Zeit vom 29. September bis 1. Oktober festgelegt und findet in der Landeshauptstadt **Karlsruhe** statt. Das Interesse ist außerordentlich rege, so daß mit einer zahlreichen Beteiligung aus dem ganzen Lande zu rechnen ist. Außerdem haben bereits Landsleute außerhalb Badens ihr Eintreffen in großer Zahl zugesagt.

Hauptversammlung des Skiklubs Schwarzwalds. In der Zeit vom 29. September bis 1. Oktober hält der Skiklub Schwarzwald in **Mannheim** seine diesjährige Hauptversammlung ab. Zur Beratung stehen u. a. verschiedene wichtige organisatorische und sportliche Fragen. Das gesellschaftliche Programm wird durch eine Hafenrundfahrt und durch einen Besuch des Neckartales und der Pfalz belebt.

Die Mitgliederversammlung des Badischen Waldbesitzerverbandes, die für den 16. Sept. in **Walldürn** vorgesehen war, muß verschoben werden und wird voraussichtlich im November stattfinden.

Der Badische Landesverein des Evangelischen Bundes begeht Mitte Oktober in **Durlach** sein Landesfest. Die Festordnung sieht für Samstag, den 13. Okt., eine Begrüßungsversammlung, am Sonntagvormittag einen Festgottesdienst in der Stadtkirche vor. Am Nachmittag soll in der Stadtkirche eine Volksversammlung stattfinden. Am Montag, den 15. Okt., finden die Beratungen statt.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahl. In **Mörsch** (A. Ettlingen) fand am Montag wieder Bürgermeisterwahl statt. Der demokratische Kandidat, **Dambach**, wurde zum Bürgermeister gewählt. Bei der Wahl am 14. Juli war Dambach mit den Stimmen der Demokratischen Partei und den Stimmen des Zentrums mit 30 Stimmen zum Bürgermeister gewählt worden. Die Wahl wurde vom Bezirksamt Ettlingen wegen Formfehlers für ungültig erklärt. Jetzt hat Dambach 31 Stimmen erhalten, der Gegenkandidat erhielt 18 Stimmen.

Der Bürgerausschuß Ettlingen genehmigte den Betrag von 10 000 *RM*, der zum Erwerb der ehem. Pulverfabrik Präpoisit-Werke im Hardtwald erforderlich ist. Ferner bewilligte er zur Fortsetzung der im vorigen Jahre begonnenen Kanalisationen den Betrag von 40 000 *RM*.

Gasversorgung von Furtwangen. Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen über eine Gasversorgung der Gemeinde Furtwangen sind allmählich zu einem greifbaren Resultat gelangt. Es ist damit zu rechnen, daß voraussichtlich in einem Jahre die Stadt mit Heizgas versorgt werden kann.

Keine Umlageerhöhung in Triberg. Der Bürgerausschuß Triberg ist auf den 4. September zusammenberufen, um über den Voranschlag 1928/29 zu beraten. Der ungedeckte Aufwand für das laufende Rechnungsjahr beträgt 97 410 *RM*. Die Gesamtausgaben stellen sich auf 595 920 *RM*, die Gesamteinnahmen auf 498 510 *RM*. Im Voranschlag sind an Steuerkapitalien eingesetzt Grundvermögen 6 500 000 *RM*, Betriebsvermögen 3 300 000 *RM*, an Gewerbeertrag 600 000 *RM*. Der Antrag des Gemeinderats geht dahin, keine Erhöhung der Umlage eintreten zu lassen, sondern wie im Vorjahre zu erheben von den Steuerwerten des Grundvermögens 40 *Rpf* mit 25 Prozent Zuschlag und hieraus 170 Hundertteile; von den Steuerwerten des Betriebsvermögens 16 *Rpf* mit 25 Prozent Zuschlag und hieraus 170 Hundertteile; von den Steuerwerten des Gewerbeertrags 3 *RM* pro 100 *RM* ohne Zuschlag und hieraus 170 Hundertteile.

Fremdenfrequenz in Baden-Baden. Während bis zum 22. August des Vorjahres rund 64 000 Besucher in Baden-Baden gezählt wurden, belief sich in diesem Jahr die Zahl der **Ankünfte auf** über 70 000. Damit ist die Rekordziffer des letzten Jahres um 6000 Gäste überschritten worden. Eine wesentliche Erhöhung hat nicht nur die Besuchsziffer aus dem deutschen Reich, 54476 gegen 50309, erfahren, sondern prozentual ist der Zustrom aus dem Auslande noch höher. Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurden in diesem Jahre 5822 gegen 5115, aus England 1683 gegen 1067, aus der Schweiz 1484 gegen 1246, aus Frankreich 964 gegen 633 Besucher gezählt.

Verbreiterung der Wehratalstraße. Ein größeres Teilstück der kurvenreichen, romantischen Wehratalstraße wird nunmehr um 2 Meter verbreitert. Das restliche Teilstück soll, wie aus **Todtmoos** gemeldet wird, im nächsten Jahr in Angriff genommen werden. Der Verkehr kann aufrechterhalten werden.

Aus der Landeshauptstadt

Die Karlsruher Kleingartenausstellung

Es ist das erstemal, daß eine größere Anzahl Kleingärtnerorganisationen und Kleingärtner Badens mit der Ausstellung, die vom 1. bis 9. September dauern wird, an die Öffentlichkeit tritt. Es gibt ja vieles Neue auf dem Gebiet des gesamten Kleingartenwesens zu zeigen.

Stauden und tausenderlei saftige Wurzelpflanzen gab es immer, von Jahr zu Jahr ereignete sich das Wunder, daß Pflanzen von unbegreiflicher Lebenskraft, ungepflegt, unbekümmert um Frost und Hitze, immer mächtiger aufblühten. Aber nirgends wurde diese Bereitwilligkeit, für uns da zu sein, ausgenützt. Erst bewußter Züchterwille brachte in dieses Chaos sinnvolle Ordnung, schied aus, was nicht allerhöchsten Forderungen genügte, machte die Blumen leuchtender, fester in Stengel, unempfindlicher gegen Krankheiten. Dehnte die Blütenzeiten um lange Wochen aus, sorgte kurzum dafür, daß ein moderner Garten jetzt vom Februar bis November nicht mehr ohne stärkstes Blühen zu sein braucht. Wichtiger als Blumen und schöne Anlagepflege ist für den Kleingärtner der **Gemüsebau**, dadurch ist es ihm möglich gemacht, seinem manchmal recht kargen Einkommen etwas durch diesen Eigenerwerb aufzuhelfen.

Der Kleingärtner wird, wie der wandernde Naturfreund, in sich selbst fester und freier, er gewinnt also kulturell außerordentlich; gelingt es ihm noch, Frau und Kinder zu seiner Kleingartenarbeit zu gewinnen, so gewinnt die ganze Familie in frischer Gartenluft an Frohsinn und an lebensfreudiger Gesundheit. Wenn man noch in Betracht zieht, wie schön angelegte Gartenanlagen dem gesamten Stadtbild einen schönen Rahmen geben, immer aber dort, wo die Behörden diese Bewegung fördern, einen schönen Rahmen um Stadt und Dorf geben können, so spüren wir, wie viel wertvolle Kulturarbeit durch die Kleingartenbewegung geleistet wird.

Selbstanschlußamt auch für Karlsruhe. Nachdem aus betriebswirtschaftlichen Gründen bereits in einer Anzahl von Städten und Landgemeinden (Mannheim, Bruchsal, Rastatt, Sinzheim usw.) der telephonische Selbstanschluß aus betriebswirtschaftlichen Gründen eingeführt oder in der Einführung begriffen ist, soll, wie das „Karlsruher Tagbl." erfährt, in einigen Jahren, etwa für 1930 mit dem Bau eines Selbstanschlußamtes auch in Karlsruhe zu rechnen sein. Die Gründe, weshalb in der Landeshauptstadt diese Einrichtung bisher noch nicht eingeführt ist, sind mancherlei Art. Zunächst waren die technischen Einrichtungen des Karlsruher Telegraphenamts mit seinen 7000 Anschlüssen bisher noch verhältnismäßig wenig verbraucht und noch völlig betriebsfähig genug, dann wäre mit der Einführung der Neubau des Amtes notwendig, der aber erst dann erwägungsreif ist, wenn betriebswirtschaftliche Gründe den Abbruch des alten Bestandes gestatten. Inzwischen ist aber auch in Karlsruhe eine Verbesserung auf diesem Gebiete in Angriff genommen worden durch die Umwandlung der Luftleitungen in Erdleitungen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Zwischen dem sehr rasch nach Osten abgezogenen Teilhoch und dem gegen Westeuropa vorstoßenden Haupthoch ist eine flache Tiefdruckrinne mit mehreren kleinen Wirbeln entstanden. Dadurch ist unser Gebiet in den Bereich neu einbrechender Kaltluft gekommen, die über Deutschland mit der warmen Ostströmung zusammentrifft und starke Wolkenbildung mit Regenfällen veranlaßt. Das vom Westen vorstoßende Hoch wird Besserung bringen, doch kann es sich infolge der starken Druckverhältnisse nur langsam durchsetzen. — **Wetteraussichten für Freitag:** Zunächst noch unbeständig und kühl, später langsam fortschreitende Besserung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	30. Aug. Geld	30. Aug. Brief	29. Aug. Geld	29. Aug. Brief
Amsterdam 100 G.	168.09	168.38	168.00	168.34
Kopenhagen 100 Kr.	111.90	112.12	111.84	112.00
Italien . . 100 L.	21.965	22.005	21.99	22.03
London . . 1 Pfd.	20.347	20.387	20.334	20.374
New York . 1 D.	4.1925	4.2005	4.1910	4.1990
Paris . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.36	16.40
Schweiz . . 100 Fr.	80.735	80.835	80.895	80.84
Wien 100 Schilling	59.095	59.175	59.115	59.185
Prag . . . 100 Kr.	12.425	12.44	12.445	12.443

Übergang der Aktienmehrheit der Zigarettenfabrik Batschari, Baden-Baden. Die abschließenden Abmachungen über den gemeldeten Verkauf der Batschari-Aktienmehrheit an die Zigarettenfabrik Borg in Danzig sind lt. „Frankf. Ztg." nunmehr am Dienstag erfolgt. Mit der Transaktion treten in die Batschari-Zigarettenfabrik die Fachleute der Firma Borg ein. In der Verwaltung von A. Batschari treten nur insoweit Veränderungen ein, als sie durch den Mehrheitsübergang an die Firma Borg bedingt sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verschiedenes

Geständnis des Kreditbrieffälschers

Laut „Voss. Ztg." hat der Kreditbrieffälscher **Marchesini**, das Haupt der Fälscherbande, der bisher die ihm zur Last gelegten Straftaten bestritten hat, ein Geständnis abgelegt.

Doppelmord in Berlin

Im Norden Berlins hat ein 58 Jahre alter Bauarbeiter seine Geliebte, eine 35 Jahre alte Witwe, und deren 72jährige Tante durch Schüsse in den Hals getötet. Er selbst brachte sich einen Kopfschuß bei. Sein Zustand ist bedenklich.

Unwetter in Oberitalien

Die Stadt **Monza** bei Mailand wurde von einem fürchterlichen Unwetter heimgesucht. Neun Personen sollen getötet worden sein. Sieben Todesopfer wurden bereits identifiziert. 40 Personen wurden verletzt, darunter 7 schwer. Durch Umstürzen elektrischer Leitungsmasten war die Stadt fast völlig in Dunkelheit gehüllt.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Heidelberg**, 29. Aug. Zur **Bestattung** des Admirals **Meyer-Waldeck**, des Gouverneurs und Verteidigers von Kiautschou, die heute mittag auf dem Heidelberger Bergfriedhof stattfand, hatte sich eine große Trauergemeinde eingefunden. Nach der Rede des Geistlichen hielten weitere Ansprachen u. a. Kontreadmiral **Pfeifer** im Namen des Reichsmarineamts, Vizeadmiral **Engel** für die Marineoffiziere des Jahrganges 1884, zu denen Meyer-Waldeck gezählt hatte, und Admiral **Sachse** für die früheren Angehörigen des Schutzgebietes. Sie betonten alle die treue Hingabe des Verstorbenen in seinem Dienst, den er 37 Jahre lang für das Vaterland versah. Unter den zahlreichen Kränzen, die zusammen mit einer Flagge der alten Reichsmarine den Sarg bedeckten, bemerkte man solche vom Reichsmarineamt, vom Chef der Marineleitung, vom Auswärtigen Amt, von der Kolonialgesellschaft, dem Roten Kreuz, der Übersee, den ehemaligen Angehörigen des Kriegsschiffes „Kaiserin Elisabeth" und der Stadt Heidelberg. Einer der Kränze trug die Aufschrift: Dem alten Gouverneur von Kiautschou! Die Kolonie und die Besatzung. Nach Beendigung der würdigen Trauerfeier bewegte sich der Zug zum Krematorium, wo der Sarg unter Salutschüssen versank.

bld. **Heidelberg**, 29. Aug. Am Montag kam eine Gesellschaft **südamerikanischer Studenten** nach Heidelberg, um hier die Universität, die Stadt selbst und das Neckartal zu besichtigen. Dienstag abend lud die Stadtbehörde die Gäste zu einem Essen ein.

bld. **Heidelberg**, 29. Aug. Am heutigen Tage sind es **zehn Jahre**, daß die Heidelberger **Radiumquelle** geboren wurde. Geheimrat Professor Salomon Calvi, der Entdecker der Quelle, und Oberbaudirektor Dr. **Kuckuck** haben in jahrelanger Sorge ihr Bestes für die Entwicklung der Quelle hergegeben.

DZ. **Flehingen** (Amt Bretten), 29. Aug. In letzter Zeit zeigt sich hier und den Nachbargemeinden eine **Krankheitserscheinung**, die zu Besorgnis Anlaß gibt. Die von dieser Krankheit Befallenen klagen über starkes Kopfweh, auf das sich nach wenigen Stunden Erbrechen und Durchfall einstellen. Die Körpertemperatur nimmt dabei erheblich zu und steigert sich bis zu hohem Fieber. Die Exkremente sind durchsetzt mit Darmschleim und geringen Mengen Blut, was einen schwächenden Einfluß auf den Körper ausübt. Die Zuziehung eines Arztes ist in solchen Fällen dringend geboten, da nicht selten bei diesen Erscheinungen sich der Keim für totbringende Krankheiten zeigt.

DZ. **Baden-Baden**, 30. Aug. Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. **von Prittwitz und Gaffron**, ist gestern abend von München kommend mit Gattin hier eingetroffen und im Hotel „Stephanie" abgestiegen.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 29. Aug. Die in einigen Blättern gebrachte Meldung, daß Landesökonomierat Dr. **Schwörer** zum Nachfolger des an die Fürstl. Hohenzollernsche Hofverwaltung berufenen Generaldirektors des Badischen Bauernvereins Dr. **Aengenheister** ernannt worden sei, eilt den Tatsachen voraus. Die Entscheidung wird erst in der am nächsten Freitag stattfindenden Vorstandssitzung fallen.

WTB. **Ludwigshafen**, 29. Aug. In **Mundenheim** starben **drei Kinder** einer Familie im Alter von 8 und 2 Jahren sowie 10 Monaten. Die Kinder waren vor acht Tagen an Durchfall erkrankt und ins Krankenhaus gebracht worden. Das ebenfalls erkrankte vierte Kind befindet sich auf dem Wege zur Besserung. Die Ursache der tödlichen Erkrankung steht noch nicht fest.

DZ. **Donaueschingen**, 29. Aug. Im benachbarten **Allmendshofen** entstand gleichzeitig in dem Ökonomiegebäude von **Biedermann** und der weiter entfernt liegenden Scheuer von **Max Müller Feuer** aus, das die Gebäude in kürzester Zeit einäscherte. Es ist nur der herrschenden Windstille zu verdanken, daß ein Umsichgreifen des Feuers vermieden wurde. Der Gesamtschaden bei Biedermann und Müller beträgt zirka 17 000 *RM*. Die Entstehung der Brände ist noch nicht geklärt, man vermutet jedoch Brandstiftung.

bld. **Rietheim** (Amt Villingen), 29. Aug. Im hohen Alter von 86 Jahren **verstarb** hier der in weiter Umgebung hochangesehene Altbürgermeister Heinrich **Held**. Er war von 1869 bis 1901 Ratschreiber und dann bis 1916 Bürgermeister, bis ihn ein Augenleiden zwang, sein Amt niederzulegen.

DZ. **Tiefenstein** (Amt Waldshut), 30. Aug. Gestern nachmittag gegen 1 Uhr wurde auf die in der Spinnerei Tiefenstein beschäftigte Frau **Mergel** ein **Überfall** verübt. Als die Frau vom Gasthaus „Zur Krone", wo sie zu Mittag gegessen hatte, auf dem Wege zu ihrer Wohnung im Mädchenheim begriffen war, gab ein in der Nähe des Heimes hinter einem Holzstoß sich versteckt haltender unbekannter Mann aus einem Revolver in kurzer Reihenfolge **fünf Schüsse** auf sie ab, die Rücken, Hals und Kopf trafen. Die Getroffene brach am Eingang des Mädchenheims tot zusammen, während der Täter in den Wald flüchtete. Frau Mergel arbeitet erst seit etwa 14 Tagen in der Spinnerei und lebte mit ihrem Mann, den man als den Täter mutmaßt, in Scheidung. Die Staatsanwaltschaft nahm sofort die nötigen Ermittlungen auf.

DZ. **Singen a. H.**, 29. Aug. Die neuerrichtete Hühnerfarm „Tannenberg" beginnt kommende Woche mit dem **Eierexport**. Der Durchschnittspreis der vereinsabgestempelten Eier beträgt 14—15 *Rpf*. Der Eierexportaufbau wird planmäßig vorbereitet, so daß im Laufe des kommenden Jahres mit dem Export des „Hegauer Qualitätseies" begonnen werden kann.

WTB. **Friedrichshafen**, 29. Aug. Über den Stand der **Instandstellungsarbeiten am neuen Luftschiff** erfahren wir, daß nunmehr bereits drei von den fünf Motoren eingebaut sind. Die Füllung der Gaszellen, die etwa 8 Tage in Anspruch nimmt, kann erst in der kommenden Woche erfolgen. Man nimmt demnach an, daß das Luftschiff bis zur übernächsten Woche fahrtbereit gemacht werden kann.

Bücheranzeigen

Englands Weltherrschaft. Von Prof. Dr. **A. Hettner.** Vierte, umgearbeitete Auflage des Werkes „Englands Weltherrschaft und der Krieg". Mit 38 Karten im Text (VI und 219 S.) 8, Geb. 9 *RM*. B. G. Teubner in Leipzig. — Das bedeutsame Buch mündet in eine Erörterung der Frage aus, wie die Zukunftsaussichten für die britische Weltmachtstellung sind. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß sie heute bereits zum Teil erschüttert ist, und daß mindestens die Voraussetzungen dafür nicht mehr im gleichen Maße fortbestehen wie vor dem Kriege. Das Werk ist bei aller Sachlichkeit und wissenschaftlichen Gründlichkeit doch keine rein wissenschaftliche Untersuchung, wendet sich vielmehr auch an weitere Kreise und wird bei allen Gebildeten auf das lebhafteste Interesse rechnen dürfen.

Joos Josef, Mitglied des Reichstags: **Die politische Ideenwelt des Zentrums.** Wissen und Wirken, Band 54 (Politische Sonderreihe, Band 2). Karlsruhe 1928. Verlag G. Braun. IV, 79 Seiten, Preis brosch. 2,50 *RM*, Halbleinen 3 *RM*. — Inhalt: Von den deutschen Parteien — Das Zentrum unter den deutschen Parteien — Vorkriegszeitliche Zentrumsprogramme — Die heutigen grundsätzlichen Richtlinien des Zentrums — Politische, nicht konfessionelle Partei — Organische Lebensauffassung und schöpferische Mitte — Konservativ-fortschrittlich — Republik und Demokratie — Zentrum und Sozialdemokratie — Deutsche Kulturpolitik — Politik nationaler Selbstbehauptung und europäischer Befriedung — Die Zentrumspartei in Koalitionen — Krieg und Zusammenbruch haben die deutsche Zentrumspartei vor die Notwendigkeit einer Neuanwendung ihrer ideenpolitischen Grundgedanken gestellt. Die Partei folgte, wenn auch unter inneren Spannungen, dem Gesetz der Entwicklung. Vorliegende Schrift zeigt an Hand parteioffizieller Bekundungen und praktischer Stellungnahmen, wie die deutsche Zentrumspartei ihre vorkriegszeitliche Ideenwelt neu formuliert und mit dem volksstaatlichen Denken organisch verbunden hat.

Kultursiechtum und Säuretod. Vollernährung als Schicksalsfrage für die weiße Rasse. Von Alfred W. McCann, Nahrungsmittelchemiker und Gesundheitskommissar, New York. Deutsche Bearbeitung für die Gebildeten aller Stände von Dr. A. v. Borosini, Lehrer für Körperästhetik, Lugano (3. Aufl., 392 S. Emil Pahl, Verlag für angewandte Lebenspflege, Dresden.) — McCanns berühmtes Kampfwerk gegen die Ernährungsverbrechen in den Vereinigten Staaten, das in seiner ersten Auflage nach einem halben Jahr vergriffen war, ist mit Verbesserungen und Anmerkungen versehen, soeben erneut aufgelegt worden. Dieses höchst lesenswerte Buch erzählt nicht nur mit einer Fülle höchst interessanter dokumentarischer Belege, wie in Amerika von großen Lebensmittelfabriken Verbrechen an Verbrechen an der Volksgesundheit begangen werden, sondern es nimmt überhaupt unsere gesamte Ernährungsmethode unter die Lupe und weist nach, wie sie von Grund auf verkehrt und reformbedürftig ist, wie Hunderttausende allein durch falsche Ernährung zugrunde gehen und ein rapider Niedergang der Weltgesundheit eines Tages zur Katastrophe führen muß, sehen nicht die Menschen ein, wie sie sich täglich mit ihrem Essen vergiften. McCann ist in den Vereinigten Staaten wegen seiner unnachsichtigen Angriffe gegen Nahrungsmittelfälscher eine nahezu populäre Persönlichkeit geworden, so gefürchtet wie geliebt. Um ihn haben sich alle jene geschart, die, wie der Herausgeber des Werkes, der bekannte Schweizer Lehrer für Körperästhetik Dr. v. Borosini, von einer Diät auf ganz neuer Ernährungsgrundlage eine Gesundung des Menschen erwarten. Das Buch sollte in keiner Familie fehlen, denn so sehr vieles Gesagte nur auf Amerika Bezug zu haben scheint, in den meisten Fällen dürfen wir uns an die eigene Brust schlagen. Dr. —h.-s.

Der menschliche Körper (Mann und Weib). Herausgegeben von Hans Crämer unter Mitwirkung des Kunstmalers Franz Kotzian. Drei Ausgaben. 1. Der männliche Körper. Zusammen 26 farbige anatomische Tafeln u. zerlegbare Modelle. 47,5 : 22,5 cm. In Halblwd. geb. 7,50 *RM*. 2. Der weibliche Körper. Zusammen 28 farbige anatomische Tafeln und zerlegbare Modelle. 47,5 : 22,5 cm. In Halblwd. geb. 7,50 *RM*. 3. Mann und Weib in einem Bande. Zusammen 54 farbige anatomische Tafeln und zerlegbare Modelle. 47,5 : 22,5 cm. In Halblwd. geb. 12,50 *RM*. Textband dazu 25 : 17,5 cm. Umfang 96 S. In Halblwd. geb. 3,50 *RM*. (J. F. Schreiber, Verlag, Eßlingen a. N.) — Das vorliegende Werk nimmt insofern eine führende Stellung ein, als es bisher an einer Veröffentlichung gefehlt hat, die in so vorbildlicher Weise das Wissen vermitteln konnte über den Bau des menschlichen Körpers, den Zweck und das Zusammenarbeiten der einzelnen Organe. Diese Tafeln bieten nur die Möglichkeit dazu, ohne Schwierigkeit hineinzublicken in die Werkstätte des menschlichen Körpers und die sich darin abspielenden verwickelten Vorgänge des Lebens. Die vielen einseitigen und zerlegbaren Tafeln unterrichten genau über alle Merkmale, Sonderheiten und geschlechtlichen Unterschiede. Sie entsprechen allen Anforderungen, die an ein derartiges Werk gestellt werden können. Der begleitende Text ist klar gefaßt, in einem reinen Deutsch geschrieben, bei möglichster Vermeidung von Fremdwörtern, und bringt alles Wesentliche. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist er so gestaltet, daß er sowohl für die Einzelausgaben „Mann" und „Weib" wie auch für die Gesamtausgabe verwendbar ist. Im Anhang des Textbandes sind sämtliche auf den Tafeln vorkommenden deutschen und lateinischen Erklärungen alphabetisch wiedergegeben. Das mit einer staunenswerten Gründlichkeit und Sorgfalt durchgearbeitete Werk macht das Studium des männlichen und weiblichen Körpers zur Freude. H.B.

Die Berufswahl der Tochter ist heutzutage in zahllosen Familien eine schwerwiegende ernste Frage; auch viele Töchter aus guten Häusern sind jetzt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse: gezwungen, einen Beruf zu ergreifen. Zahlreich sind die Berufe geworden, die den jungen Mädchen heute offen stehen und mannigfach die Anforderungen, die gestellt werden. Die Wahl eines geeigneten Berufes ist daher oft recht schwierig. Ein soeben unter dem dem „Das moderne Buch der weiblichen Berufe" in dem bekannten Verlage von Wilhelm Köhler, Minden i. W., erschienenes, von Dr. Erich Janke, Berlin herausgegebenes Werk ist da ein ausgezeichneter Führer und Berater, wie er bisher fehlte; ein zuverlässiger, fachkundiger, reich illustrierter Ratgeber, wird doch jeder einzelne Beruf darin durch eine in dem betreffenden Fach erfahrene Persönlichkeit eingehend behandelt.

Schmieder, Führer durch Heidelberg, englisch. (Preis 1,50 *RM*.) J. Hörning, Verlagsbuchhandlung, Heidelberg. — Ein sehr ansprechend, mit zahlreichem Bilderschmuck ausgestatteter Führer.

Kleingarten-Ausstellung!

Zur Landestagung der **Badischen u. Pfälzischen Kleingarten- u. Gartenbauvereine** veranstaltet der Ortsverband **Karlsruher Kleingartenbauvereine e. V.** vom 1. bis 9. Sept. eine Ausstellung von Kleingartenprodukten u. deren Verwertung – **Rosen- u. Blumenschau.** Außerdem wird die **Wanderausstellung des Reichsverbandes** [redacted] **»Plan- und Bildschau«** gezeigt werden. — Die Eröffnung ist am 1. September, vorm. 11 Uhr, und wird hiermit das gesamte Publikum von Karlsruhe und Umgebung höfl. eingeladen.

H.862 **Die Ausstellungsleitung:** R. Wüstner.

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
fertigt
Drucksachen aller Art
für Industrie, Handel, Behörden und Private
Kurze Lieferfristen, Preise mäßig

Einschätzungsverzeichnisse
Verzeichnis der Baupreise
nach der Dienstweisung für Bauschätzer v. 5. Juni 1928
empfehlen 851
Spachholz & Ehrath
Impressenverlag
Bonndorf, Schwarzw.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung"

Lest Bücher Wissen ist Macht!

VON DEUTSCHEN PARTEIEN

DEMOKRATISCHE PARTEI

Bäumer, Dr. Gertrud, Ministerialrat (Berlin), Grundlagen demokratischer Politik. IV, 95 Seiten. Brosch. 3 RM., Halbleinen 3,50 RM.

Inhalt: Die demokratische Idee. Die Machtidee der Demokratie. Macht, Masse und Freiheit. Demokratie und Liberalismus. Demokratie und Nation. Die demokratische Politik. Das deutsche Reich nach dem Zusammenbruch. Demokratische Staatspolitik. Demokratische Wirtschaftspolitik. Demokratische Kulturpolitik.

ZENTRUM

Joos, Josef, Mitglied des Reichtags. Die politische Ideenwelt des Zentrums. IV, 79 Seiten. Preis Brosch. 2,50 RM., Halbleinen 3,50 RM.

Inhalt: Von den deutschen Parteien. Das Zentrum unter den deutschen Parteien. Vorkriegszeitliche Zentrumsprogramme. Die heutigen grundsätzlichen Richtlinien des Zentrums. Politische, nicht konfessionelle Partei. Organische Lebensauffassung und schöpferische Mitte. Konservativ-fortschrittlich. Republik und Demokratie. Zentrum und Sozialdemokratie. Deutsche Kulturpolitik. Politik nationaler Selbstbehauptung und europäischer Befriedung. Die Zentrumspartei in Koalitionen.

DEUTSCHE VOLKSPARTEI

Rheinbaben, Rochus Frhr. v. Liberale Politik im neuen Reiche. IV, 65 Seiten. Brosch. 2 RM., Halbleinen 2,50 RM.

Inhalt: Liberalismus und Staatsform. Parteibildung des Liberalismus. Liberalismus und republikanische Verfassung. Wirtschaftspolitik. Sozialpolitik. Schulgesetzgebung. Auswärtige Politik.

Diese Bände sind die ersten einer neuen „Politischen Sonderreihe" unserer Sammlung „Wissen u. Wirken". In ihnen stellen bedeutende Vertreter der einzelnen Richtungen ihre politische Aufgaben und Ziele dar Bei Subskription der ganzen Reihe wird eine Ermäßigung von 10% gewährt.

VERLAG G. BRAUN IN KARLSRUHE

Druck G. Braun, Karlsruhe